

Manche Corona-Entscheidung hätte anders ausgesehen

„Sprungbretts“-Podiumsdiskussion fordert stärkere Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen

Als im vergangenen Schuljahr wegen Corona Schulen und Kitas schlossen, war für Viele nachvollziehbar, dass nur so der Kollaps des Gesundheitssystems verhindert werden konnte. Kinder und Jugendliche wurden von Heute auf Morgen aus ihrem sozialen Beziehungsgefüge herausgerissen, ihr Leben verlor seinen gewohnten Rhythmus, nicht Wenige fühlten sich sehr allein gelassen.

Andreas Näther vom Riesaer Verein “Sprungbrett e.V.” verwies in einer kürzlichen digitalen Podiumsdiskussion um „Kinderrechte und Corona“ auf inzwischen unübersehbare seelische Störungen junger Menschen. Da ist die Rede von Drogen als Ersatz, gar von Suiziden. „Wir brauchen eine Planung dazu, wie die emotionalen Langzeitfolgen begleitbar sind!“, forderte der langjährige Sozialarbeiter. Es gehe um Schutz, Förderung und die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an staatlichen Entscheidungen, unterstrich Susanne Rührich, die ab November dieses Jahres als Kinderbeauftragte des Landes Sachsen fungieren wird. Schon lange bemüht sie sich als SPD-Bundestagsabgeordnete darum, Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern – gerade auch das Recht auf Beteiligung, wenn Kinder und Jugendliche selbst Betroffene sind. Sie ist sich sicher – wäre dieser Schritt schon gelungen, hätte manche Corona-Entscheidung anders ausgesehen. Insbesondere bei Verlängerungen von Schließungen, so Andreas Näther, wäre der Blick auf Langzeitfolgen nötig gewesen - und eventuell auch möglich, hätte man die Betroffenen selbst gehört.

Dr. Stephan Gerbig, der mehrere Jahre am Deutschen Institut für Menschenrechte in Berlin arbeitete, verwies darauf, dass die UN-Kinderrechtskonvention seit fast 30 Jahren in Deutschland bereits bindendes Recht darstellt. Demnach ist das Wohl des Kindes bei allen staatlichen Entscheidungen ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist. Allerdings seien die Rechte zum Schutz, zur Förderung und Beteiligung der Kinder in der Praxis noch immer weitgehend unbekannt.

Die Einbeziehung der Anliegen der Kinder und Jugendlichen in Corona-Fragen sei geradezu sträflich vernachlässigt worden, monierte Susanne Rührich. Was jetzt in Anbetracht knapper Kassen durch Corona nicht passieren dürfe, sei, an den Menschen zu sparen und soziale Angebote und Anlaufpunkte wegbrechen zu lassen. „Das“, so Rührich, „würde die Folgen noch verschlimmern.“

Die digitale Podiumsdiskussion ist in einer ausführlichen, intensiv die Rechtslage betrachtenden Version abrufbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=vGipFrHcGOA> Eine weniger ausführliche Version stellt das Sprungbrett dort ebenfalls zur Verfügung:

<https://www.youtube.com/watch?v=1ffVI5EFZxU>